G 2023-006

Sozialhilfegesetz (SHG)

Änderung vom 24. Oktober 2022

Betroffene SRL-Nummern:

Neu: –
Geändert: 892
Aufgehoben: –

Der Kantonsrat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 5. April 2022¹,

beschliesst:

I.

Sozialhilfegesetz (SHG) vom 16. März 2015² (Stand 1. September 2021) wird wie folgt geändert:

§ 6 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Leistungen der Sozialhilfe sind bedarfsgerecht, rechtzeitig und durch fachlich geeignete Personen zu erbringen. Die fachlichen Anforderungen an die Leistungserbringer regelt der Regierungsrat durch Verordnung.

§ 7 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 2^{bis} (neu)

¹ Die hilfebedürftige Person hat bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, der Nothilfe und der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen über ihre Verhältnisse vollständig und wahrheitsgetreu Auskunft zu geben und die zur Abklärung erforderlichen Unterlagen beizubringen. Sie hat Änderungen ihrer Verhältnisse umgehend und unaufgefordert zu melden.

¹ B 110-2022

² SRL Nr. 892

² Die hilfebedürftige Person ist verpflichtet, alle Personen und Stellen, insbesondere Arbeitgeber, Ärztinnen und Ärzte, Versicherungen und Behörden, im Einzelfall zu ermächtigen, die Auskünfte zu erteilen, die für die Abklärung des Anspruchs auf wirtschaftliche Sozialhilfe, Nothilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen erforderlich sind.

^{2bis} Die Mitwirkungspflichten bei der Inkassohilfe richten sich nach der eidgenössischen Verordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen vom 6. Dezember 2019³.

§ 16 Abs. 1^{bis} (neu), Abs. 5 (geändert)

^{1bis} Bei einem Wechsel des Unterstützungswohnsitzes innerhalb des Kantons bleibt während des ersten Monats nach dem Wegzug die bisherige Einwohnergemeinde für die wirtschaftliche Sozialhilfe zuständig.

⁵ Vorbehalten bleiben § 43 sowie Artikel 5 und Artikel 21 der eidgenössischen Inkassohilfeverordnung⁴ über die Zuständigkeit bei der Inkassohilfe und § 44 über die Zuständigkeit bei der Bevorschussung.

§ 17 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)

² Jede Einwohnergemeinde führt einen Sozialdienst. Er erfüllt sämtliche Aufgaben der Sozialhilfe, für die die Einwohnergemeinde zuständig ist, und ist die Fachstelle gemäss Artikel 2 Absatz 2 der eidgenössischen Inkassohilfeverordnung⁵. Er ist insbesondere Anlauf-, Abklärungs- und Beratungsstelle für hilfebedürftige Personen. Er steht unter der Aufsicht des Gemeinderates.

³ Die Einwohnergemeinde kann die Erfüllung von Aufgaben des Sozialdienstes ganz oder teilweise einem Gemeindeverband oder Dritten übertragen. Die Inkassohilfe und die Alimentenbevorschussung können nur zusammen übertragen werden, mit Ausnahme von grenzüberschreitenden Fällen. Der beauftragte Gemeindeverband oder Dritte sind verpflichtet, dem Gemeinderat alle Daten zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um die richtige Erfüllung des Auftrags zu kontrollieren.

§ 18 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Das Gesundheits- und Sozialdepartement setzt die kantonale Sozialpolitik um und übt die Aufsicht über die Sozialhilfe im Kanton aus.

² Der Regierungsrat bezeichnet die Dienststellen, die für den Vollzug der Sozialhilfe, die dem Kanton übertragen ist, und für die Koordination der Sozialhilfe zuständig sind. Er regelt die Einzelheiten der Koordination durch Verordnung.

³ SR [211.214.32](#)

⁴ SR [211.214.32](#)

⁵ SR [211.214.32](#)

Titel nach Titel 7 (neu)

7.1 Inkassohilfe

§ 43 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu), Abs. 5 (neu)

¹ Das unterhaltsberechtignte Kind, der unterhaltsberechtignte Ehegatte oder die unterhaltsberechtignte Ehegattin, der unterhaltsberechtignte eingetragene Partner oder die unterhaltsberechtignte eingetragene Partnerin hat gegenüber der Einwohnergemeinde des zivilrechtlichen Wohnsitzes Anspruch auf Inkassohilfe für Unterhaltsansprüche, die in einem Unterhaltstitel festgelegt sind.

² *aufgehoben*

³ In grenzüberschreitenden Fällen hat das unterhaltsberechtignte Kind, der unterhaltsberechtignte Ehegatte oder die unterhaltsberechtignte Ehegattin, der unterhaltsberechtignte eingetragene Partner oder die unterhaltsberechtignte eingetragene Partnerin gegenüber dem Kanton Anspruch auf Inkassohilfe.

⁴ Der Kanton kann die Aufgabe der Inkassohilfe in grenzüberschreitenden Fällen an Dritte übertragen. Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung.

⁵ Im Übrigen richtet sich die Inkassohilfe nach den Vorschriften der eidgenössischen Inkassohilfeverordnung⁶.

§ 43a (neu)

Kostenpflicht

¹ Die Einwohnergemeinde am Wohnsitz der berechtignten Person trägt die Kosten ihrer Inkassohilfe.

² In grenzüberschreitenden Fällen tragen der Kanton und die Einwohnergemeinden die Kosten der Inkassohilfe je zur Hälfte. Der Anteil der einzelnen Gemeinden berechnet sich nach Massgabe der ständigen Wohnbevölkerung des Vorjahres gemäss den Erhebungen der Lustat Statistik Luzern.

³ Vorbehalten bleibt die Kostenbeteiligung berechtignter Personen gemäss § 43b.

§ 43b (neu)

Kostenbeteiligung berechtignte Person

¹ Leistungen der Fachstelle zur Inkassohilfe für Unterhaltsbeiträge für Kinder sind unentgeltlich.

² Leistungen der Fachstelle zur Inkassohilfe für Unterhaltsbeiträge für andere berechtignte Personen sind in der Regel unentgeltlich. Verfügt die berechtignte Person über die erforderlichen Mittel, hat sie sich an den Kosten für die Leistungen der Fachstelle zu beteiligen.

⁶ [SR 211.214.32](#)

³ Kosten für Leistungen Dritter, namentlich Betreibungs-, Verfahrens- und Übersetzungskosten, werden vom Gemeinwesen bevorschusst. Können die Kosten nicht von der verpflichteten Person erhältlich gemacht werden, werden diese der berechtigten Person vom Gemeinwesen auferlegt, wenn diese über die erforderlichen Mittel verfügt.

⁴ Der Regierungsrat bestimmt das massgebende Einkommen, bei welchem die berechtigte Person über die erforderlichen Mittel verfügt, und den Umfang der Kostenbeteiligung durch Verordnung.

§ 43c (neu)

Kostenersatzpflicht bei Verstoss gegen das Verbot der Abschiebung

¹ Bei Verstoss gegen das Verbot der Abschiebung im Sinn von § 13 bleibt die Einwohnergemeinde der fehlbaren Organe für die Kosten der gewährten Inkassohilfe der kostenpflichtigen Einwohnergemeinde so lange ersatzpflichtig, als das unterhaltsberechtigende Kind, der unterhaltsberechtigende Ehegatte oder die unterhaltsberechtigende Ehegattin, der unterhaltsberechtigende eingetragene Partner oder die unterhaltsberechtigende eingetragene Partnerin den Wohnsitz ohne behördliche Beeinflussung nicht gewechselt hätte, längstens aber während fünf Jahren.

Titel nach § 43c (neu)

7.2 Bevorschussung

§ 47 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)

¹ aufgehoben

² Die Einwohnergemeinde trägt die Kosten der Bevorschussung, soweit diese vom unterhaltspflichtigen Elternteil nicht zurückgefordert werden können.

³ aufgehoben

§ 48 Abs. 1 (geändert)

¹ Bei Verstoss gegen das Verbot der Abschiebung im Sinn von § 13 bleibt die Einwohnergemeinde der fehlbaren Organe für die Kosten der gewährten Bevorschussung der kostenpflichtigen Einwohnergemeinde so lange ersatzpflichtig, als das unterhaltsberechtigende Kind den Wohnsitz ohne behördliche Beeinflussung nicht gewechselt hätte, längstens aber während fünf Jahren.

§ 52 Abs. 1 (*geändert*), **Abs. 2** (*geändert*)Strafantrag (*Überschrift geändert*)

¹ Der Gemeinderat ist berechtigt, bei Vernachlässigung von Unterhaltspflichten gemäss Artikel 217 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937⁷ Strafantrag einzureichen.

² Hat der Gemeinderat die Befugnis zum Entscheid über die Ansprüche auf Alimentenhilfen an den Sozialdienst, an einen Gemeindeverband oder an einen Dritten delegiert, sind diese antragsberechtigt.

§ 53 Abs. 7 (*neu*)

⁷ Bei einer Änderung des ausländerrechtlichen Status der hilfebedürftigen Person, mit welcher die Zuständigkeit für die persönliche und wirtschaftliche Sozialhilfe auf die Einwohnergemeinde übergeht, erfolgt der Wechsel der Zuständigkeit am Ende des Folgemonats.

§ 54 Abs. 7 (*neu*)

⁷ Bei einer Änderung des ausländerrechtlichen Status der hilfebedürftigen Person, mit welcher die Zuständigkeit für die persönliche und wirtschaftliche Sozialhilfe auf die Einwohnergemeinde übergeht, erfolgt der Wechsel der Zuständigkeit am Ende des Folgemonats.

§ 55 Abs. 1 (*geändert*)

¹ Der Kanton gewährt Personen aus dem Asylbereich, die nach Bundesrecht von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind, Nothilfe.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

⁷ SR 311.0

IV.

Die Änderung tritt mit Ausnahme von § 43 Absätze 3 und 4 und § 43a Absatz 2 am 1. Januar 2023 in Kraft. § 43 Absätze 3 und 4 und § 43a Absatz 2 treten am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum⁸.

Luzern, 24. Oktober 2022

Im Namen des Kantonsrates
Der Präsident: Rolf Born
Der Staatsschreiber: Vincenz Blaser

⁸ Die Referendumsfrist lief am 28. Dezember 2022 unbenützt ab (K 2022 4743).